Nr. 38. 47. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Montag, 21. Januar 1918

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Noch eine Rede Lloyd Georges.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 21. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nordöstlich und östlich von Ypern sowie an der Front von Lens bis Epehy hielt gesteigerte Artillerietätigkeit an.

Südlich von Bendhuille blieben bei Abwehr eines englischen Vorstoßes Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In einzelnen Abschnitten in der Champagne und zu beiden Seiten der Maas Kampftätigkeit der Artillerien.

Nordwestlich von Reims und in den Argonnen hatten kleinere Unternehmungen unserer Erkundungsabteilungen Erfolg.

In den beiden letzten Tagen wurden 11 feindliche Flugzeuge und 1 Fesselballon abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Zwischen Vardar und Dojran-See lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. In der Struma-Ebene kam es mehrfach zu Vorfeldkämpfen, die für die Bulgaren erfolgreich verliefen.

Italienische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Die neuen Erklärungen Lloyd Georges über die Kriegsziele.

(Telegramm.)

London, 19. Januar. (W. T. B.)

In seiner Rede, die Lloyd George vor den Delegierten der Trade Unions hielt, sagte der Ministerpräsident, zu dem Gegenstand der internationalen Konferenz zurückkehrend, man würde sich nicht auf eine einzige Gruppe beschränken können, sondern die Erlaubnis auch auf andere ausdehnen müssen. Die Delegierten könnten sich darauf verlassen, daß die Regierung Frieden schließen würde, wenn irgendeine begründete Aussicht bestünde, unter Bedingungen, die für sie (die Delegierten) ehrenhaft wären, Frieden zu schließen. Es ist Aufgabe der Regierung auf Entdeckungen auszugehen und wir wachen und beobachten natürlich fortwährend, ob irgendwelche Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die deutsche Regierung wieder vernünftig wird. Leider muß ich sagen, können wir nichts anderes entdecken als völlige Verhärtung und feste Entschlossenheit, einen rein militärischen Triumph zu erzielen. Ueber den Ausdruck der Freiheit der Meere befragt, sagte Lloyd George: Ich möchte gern wissen, was die Freiheit der Meere bedeutet. Bedeutet sie Befreiung von U-Booten oder Aushungerung dieses Landes? Wir sind eine Insel und müssen mit der größten Sorgfalt untersuchen, was unsere Fähigkeit, unsere Verbindungslinien über See zu beschützen, beeinträchtigen könnte. Die Freiheit der Meere ist ein sehr elastischer Begriff. Man kann ihm eine Bedeutung unterlegen, für die wir uns sehr gern entscheiden würden. Wir müssen uns aber sorgfältig vor jedem Versuch einer Störung unseres Küstenschutzes hüten und ebenso vor jeder Störung unserer Schiffahrt, die allein uns bis jetzt ermöglicht hat, zu existieren. Ein Delegierter fragte: „Ist der Premierminister willens, angesichts der erklärten Einstimmigkeit der Alliierten mit den Kriegszielen dieser Regierung, zu erklären, daß Schritte unternommen wurden, um die Kriegsziele Amerikas und der Alliierten zu konsolidieren, damit Deutschland eine einheitliche Front entgegengestellt werde?" Lloyd George antwortete, dieser Vorschlag habe sehr viel für sich. „Wir hofften, auf der großen Konferenz in Paris, die vor etwa zwei Monaten arbeitete, dazu in der Lage zu sein. Die Vertreter der russischen Regierung kamen herüber, aber inzwischen ereilte sie das Verhängnis. Die Regierung wurde aus dem Amt gejagt, und es folgte eine Periode der Anarchie, der Verwirrung und des Bürgerkrieges, so daß zur Zeit der Konferenz niemand da war, um für Rußland zu sprechen. Es war ganz unmöglich, eine Koordinierung der Kriegsziele der Alliierten in Abwesenheit von Vertretern der russischen Regierung zu versuchen, und das war die Ursache, warum die Beratungen darüber nicht begannen. Eine große Zahl der Schwierigkeiten entstand durch die Forderungen, die von der früheren russischen Regierung gestellt worden waren. Konstantinopel war eines der Probleme. Wir hatten Konstantinopel als Kriegsziel ohne Zustimmung der russischen Regierung nicht fallen lassen können. Ich gebe zu, daß, wenn über die Kriegsziele der Alliierten, die von Wilson und mir dargelegt wurden, irgendein Zweifel bestünde, eine neuerliche Zusammenkunft wünschenswert wäre. Aber bisher herrschte nur völlige Uebereinstimmung."

Ein Delegierter fragte: „Will Lloyd George kurz erklären, was er unter

reconsideration der Stellung Elsaß-Lothringens

versteht?" Lloyd George antwortete: „Ich habe die Ansicht der Regierung damals ganz deutlich mitgeteilt. Meine Ansicht ist, daß das Volk dieses Landes dem französischen Volk beistehen will. Die Franzosen mögen entscheiden. Ihr müßt bedenken, daß dies eine Wirklichkeit für sie keine territoriale Frage ist. Es handelt sich um ein wesentliches Prinzip. Elsaß-Lothringen war für sie fast vierzig Jahre lang eine offene Wunde. Sie konnten während dieser ganzen Zeit nicht in Frieden leben, **ihre Ansicht ist zweifellos, daß es einen Frieden mit Frankreich gibt, bis diese Frage ein für allemal erledigt ist** und daß diese Angelegenheit [illegible] in ist werden muß, wenn es nicht zu einer ganzen Serie von Kriegen in Europa kommen soll. Unsere Ansicht ist deshalb, daß das französische Volk in erster Linie zu entscheiden hat, was es Gerechtigkeit betrachtet, und die Regierung ist entschlossen, der französischen Demokratie in ihrem Kampfe beizustehen. Ein Delegierter fragte: „Ist es das französische Volk oder das Volk Elsaß-Lothringens, das über seine Lage klagt?" Lloyd George antwortete: „Die Bevölkerung Elsaß-Lothringens hat nie aufgehört zu klagen, aber ihr müßt bedenken, was sich dort ereignete. Ein sehr beträchtlicher Teil der elsaß-lothringischen Bevölkerung wurde von den Deutschen gewaltsam expropriiert. Einige von ihnen wurden aus dem Lande vertrieben und wenn ihr die wirkliche Bevölkerung von Elsaß-Lothringen nehmt, so besteht absolut kein Zweifel, daß die überwiegende Mehrzahl für die Rückkehr unter französische Flagge ist. Ich erinnere mich einmal über die Vogesen nach Elsaß-Lothringen gegangen zu sein. Es war spät abends und wir hielten vor einem kleinen Gasthause auf französischer Seite, die deutsche Grenze war ein oder zwei Meilen hinter uns und die alten Leute, die das Gasthaus bewirtschafteten, erzählten uns, daß jeden Sonntag Arbeiter und Bauern von der deutschen Seite auf französisches Gebiet herüberkommen, um den Sonntag unter französischer Flagge zu verleben." Ein Delegierter fragte, ob Lloyd George sich sofort verpflichten wolle, daß im Falle der Erzielung eines Abkommens, wie es von ihm angedeutet wurde, die

militärische Dienstpflicht

ohne Verzug in England rückgängig gemacht würde. Lloyd George antwortete: „Ich hoffe es, und wir kämpfen darum, daß nicht nur im eigenen Lande, sondern in allen Ländern Verhältnisse eintreten, die die Dienstpflicht rückgängig machen. Wir wollen das, was jetzt geschieht, für immer unmöglich machen. Die Frage ist nicht, ob wir der Dienstpflicht in diesem Lande ein Ende machen. Ihr müßt ihr in anderen Ländern ein Ende machen."

Hierauf machte der Minister im Kriegskabinett Barnes Mitteilung über eine Untersuchung, durch die endgültig festgestellt worden sei, daß die Behauptung eines Teils der Presse ganz unbegründet sei, wonach eine Finanzkonferenz in der Schweiz abgehalten worden sei.

In seinem Schlußwort sagte Lloyd George, es sei für die, denen die Regierung des Landes anvertraut sei, doch gut, mit denjenigen in Berührung zu kommen, die so wichtige Faktoren im Lande darstellten. Vielleicht sei es auch für sie nicht ohne Nutzen gewesen, mit dem Ministerium in Berührung zu kommen, und dann sei es am besten, sich offen auszusprechen.

Die Auflösung der Konstituante beschlossen.

Petersburg, 20. Januar. (Meld. d. Petersb. Telegr.-Ag.)

Heute trat der ausführende Hauptausschuß der Sowjets, der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und beschloß um 1 Uhr 30 Minuten nachmittags die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung.

Die Programmerklärung der Bolschewiki.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 21. Januar.

Die „Daily News" melden aus Petersburg: Das zentrale Exekutivkomitee der Sowjet hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: „Rußland ist eine Republik der Sowjets und die zentrale sowie die örtliche Verwaltung liegt in den Händen der Sowjetorgane. Die Grundlage der Republik ist die freie Bundesgenossenschaft freier Nationen und der Bund aller nationalen Sowjetrepubliken." Der zweite Teil der Erklärung behandelt die vollständige Sozialisierung des Landes mit Einfluß der Nationalisierung der Wälder, Gruben, Gewässer, Banken, Fabriken, Eisenbahnen usw. Die industrielle Konskription wird mit Bewaffnung des ganzen Arbeiterstandes und Entwaffnung der besitzenden Klassen durchgeführt werden.

Im dritten Teile der Erklärung heißt es, daß die Konstituante die Politik der Sowjets genehmigt, besonders, was die Veröffentlichung geheimer Schriftstücke und alle sonstigen Methoden betrifft, die darauf ausgehen, den Krieg durch einen demokratischen Frieden zu beendigen. Die Erklärung nimmt die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands sowie die Zurücknahme der Truppen aus Persien zur Kenntnis. Auch das Recht Armeniens auf Selbstbestimmung wird anerkannt. Der vierte und wichtigste Teil der Erklärung enthält den Satz, daß die Konstituante zugebe, daß sie auf Grund der Parteilisten gewählt sei, die vor der Oktoberrevolution aufgelegt worden waren, und daß die Konstituante deshalb nicht berechtigt sei, sich der Sowjetregierung zu widersetzen. Weiterhin wird die Politik der Bolschewiki für den Fall, daß Konstituante nicht gehorchen sollten, dargelegt.

Diese Erklärung sollte bei Eröffnung der Konstituante verlesen werden.

Die Auflösung der Konstituante.

Von [Nachdruck verboten.]

Hans Vorst.

Jahrzehntelang haben zahllose russische Freiheitskämpfer für die Idee der konstituierenden Versammlung gekämpft und gelitten. Daß das russische Volk durch seine aus demokratischsten Wahlen hervorgegangenen Vertreter sein Schicksal selbst bestimmen sollte, das war das Ziel, für das sie ohne Besinnen bereit waren, in sibirischen Bergwerken zu schmachten und in offenem Widerstand gegen die zarische Gewalt ihr Leben zu lassen. Die Tragik des russischen Schicksals hat es gewollt, daß der Tag, für den alle diese Opfer gebracht worden sind, der Tag des Zusammentritts der verfassunggebenden Versammlung, für weite Kreise des russischen Volkes nicht ein Tag der Freude, sondern der Trauer geworden ist. Der Zwiespalt in den eigenen Reihen der revolutionären Demokratie ist so mächtig angewachsen, daß sich ein Ausgleich nicht mehr finden ließ und die Parteien, die gegenwärtig in Großrußland die Macht in Händen halten, haben sich zu dem letzten Schritt entschlossen: die verfassunggebende Versammlung mit Waffengewalt auseinanderzutreiben.

Die eigentliche Grundlage des Konflikts läßt sich kurz so auseinandersetzen: Die gemäßigteren Parteien des russischen Sozialismus, das Zentrum und die Linke der Sozialrevolutionäre, die Volkssozialisten und Menschewiki stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die russische Revolution als eine im wesentlichen „bürgerliche" und nicht „proletarische" Revolution zu betrachten sei. Das russische Proletariat könne allein, ohne die Mitwirkung der Bourgeoisie die Organisation der Staatsgewalt nicht bewältigen. Infolgedessen könne das Ziel der gegenwärtigen Revolution auch nur sein, eine „demokratische" und nicht eine „sozialistische" Republik aufzurichten. Die revolutionäre Demokratie habe die Pflicht, den entscheidenden Bruch mit dem Bürgertum zu vermeiden, da sonst auch das bescheidenere Ziel, die demokratische Republik, verfehlt und alle bisher erreichten Resultate der Revolution wieder vernichtet werden würden.

Aber auch diese gemäßigteren Parteien vertreten durch ihr Agrarprogramm und die von ihnen geforderte Arbeitergesetzgebung ein soziales Programm, das unvermeidlich den Bruch mit der Bourgeoisie nach sich ziehen müßte. Die radikalen sozialistischen Parteien, die Bolschewiki und mit ihnen die Linke der Sozialrevolutionäre, meinen daher, daß der Kampf mit dem Bürgertum schon jetzt endgültig ausgekämpft werden müsse, daß die Reaktion unausbleiblich und die russische Revolution ohnehin verloren sei, wenn es dem Proletariat und der „ärmeren Bauernschaft" nicht schon jetzt gelinge, in schnellem Ansturm die Kraft der Bourgeoisie definitiv zu brechen. Auf dieses Ziel richten sie daher jetzt, wo sie an die Macht gelangt sind, alle ihre Maßregeln, die zugleich darauf hinauslaufen, sich unmittelbar dem Endziel aller sozialistischen Parteien, dem sozialistischen Staat, anzunähern. Die „demokratische Republik" gilt ihnen als überholt, ja, unter den gegenwärtigen Umständen als eine Utopie, denn sie könnte die Errungenschaften des Proletariats nicht erhalten, sondern müßte zu einer scharfen bürgerlichen Reaktion führen. Ob das Ziel, das sich die russischen Radikalen gestellt haben, erreichbar ist, ob es nicht zu einem schrecklichen Zusammenbruch führen muß, ob das Ideal, das ihnen vorschwebt, ein Zwischenstadium furchtbarster Wirren und Kämpfe zu rechtfertigen vermag, ist eine besondere Frage. Im Gegensatz zu den gemäßigteren Parteien, haben jedenfalls die Radikalen die größere Konsequenz ihrer Theorien, die Einfachheit ihrer Schlagworte für sich, und darin liegt zum großen Teil das Geheimnis der Macht, die sie über die Geister der Massen ausüben.

Gewiß spielen, wie immer, bei dem Zwist der sozialistischen Parteien auch persönliche und unsachliche Motive mit, aber im wesentlichen bekämpfen sie einander mit solcher Erbitterung — und das ist die Tragik —, weil jede von den beiden Gruppen fest überzeugt ist, nur auf ihrem Wege die russische Freiheit retten zu können.

Auf diesem Untergrunde spielt sich überdies der Kampf um die Taktik in der Friedensfrage ab, der den Bolschewiki das stärkste Propagandamittel für ihre Ideen in die Hände geliefert hat. Denn auch auf diesem Gebiet haben die gemäßigteren sozialistischen Parteien eine logisch unkonsequente und praktisch zögernde Haltung eingenommen, während die Bolschewiki von jeher eine geradlinige Taktik vertreten haben. Die gemäßigten Gruppen meinten stets, nur in Verbindung mit den Bundesgenossen den demokratischen Frieden erstreben zu können, und waren machtlos, als die Alliierten nicht mit ihnen gehen wollten. Die Bolschewiki forderten dagegen, daß die russische Demokratie auch allein im Kampf für den Frieden rücksichtslos und unbekümmert vorangehen müsse, um die andern Völker mit sich zu reißen.

Es ist sehr charakteristisch, wie verschieden die Petersburger Telegraphenagentur und das Reuterbureau die Gründe für die Auflösung der Konstituante darstellen. Die bolschewistische Petersburger Telegraphenagentur erwähnt nur, daß die verfassunggebende Versammlung die Art und Weise nicht billigen wollte, in der die Friedensverhandlungen von der Sowjetregierung geführt werden. Reuter dagegen schweigt völlig über diesen Punkt und erwähnt nur die Meinungsverschiedenheit über die